

Quelle: [oeamtc.at](https://www.oeamtc.at)

Adresse: <https://www.oeamtc.at/presse/oeamtc-2022-bringt-verschaerfungen-bei-nova-mvst-und-dienstwagennutzung-neuerungen-teil-2-48424168>

Datum: 20.04.2024 (Da es immer wieder Änderungen gibt, bitte für aktuelle Infos die Website besuchen.)

ÖAMTC: 2022 bringt Verschärfungen bei NoVA, mVSt und Dienstwagennutzung (Neuerungen Teil 2)

Konsument:innen sollten sich bewusst sein: Besteuerung hat CO2-intensive Fahrzeuge im Visier

Wien - Mit Beginn 2022 sowie im Laufe des Jahres kommen auf Verkehrsteilnehmer:innen in Österreich einige Neuerungen zu. ÖAMTC-Expert:innen geben einen Überblick, was schon jetzt bekannt oder absehbar ist. Abgesehen von den Auswirkungen der ökosozialen Steuerreform kommt es im Bereich Verkehrswirtschaft zu Verschärfungen bei der Normverbrauchsabgabe (NoVA), der motorbezogenen Versicherungssteuer (mVSt) und bei der Privatnutzung von Firmenwägen. ÖAMTC-Verkehrswirtschaftsexperte Martin Grasslober gibt einen Überblick, was bisher bekannt ist.

Die Normverbrauchsabgabe (NoVA) – die u.a. einmalig für Neufahrzeuge zu zahlen ist – wird weiterhin Jahr für Jahr teurer. Schon mit Jahreswechsel steigt sie für alle neuen Pkw, die mehr als 109 Gramm an CO2 pro Kilometer emittieren. Zur Orientierung für Konsument:innen: Dies entspricht einem Normverbrauch von rund vier Litern Diesel oder fünf Litern Benzin auf 100 Kilometer. In den Fällen, in denen es teurer wird, steigt der NoVA-Satz um einen Prozentpunkt. Das bedeutet bei einem Auto um 30.000 Euro netto in der Regel ein Plus von 300 Euro gegenüber 2021.

Für verbrauchsstärkere Autos wird es zusätzlich teurer: 2022 müssen alle Pkw, die mehr als 185 Gramm CO2 je Kilometer ausstoßen, einen Malus bezahlen (2021 lag der Grenzwert bei 200 Gramm CO2 je Kilometer). Diese Maßnahme trifft Autos mit einem Verbrauch von mehr als rund sieben Liter Diesel oder rund acht Liter Benzin. Zusätzlich dazu zahlt man 2022 einen Malus von 60 Euro für jedes Gramm über dem Grenzwert (2021 waren es noch 50 Euro).

Zusätzlich wird der Maximal-Steuersatz für die prozentuelle NoVA bei Pkw mit Jahresbeginn auf 60 Prozent angehoben. Bereits Mitte 2021 ist diese Deckelung von 32 auf 50 Prozent erhöht worden. Diese Maßnahme trifft Autos mit einem Verbrauch von mehr als rund 14 Litern Diesel oder rund 16 Litern Benzin – also beinahe dreimal so viel wie ein durchschnittlicher neuer Verbrenner.

Auch bei Klein-Lkw kann es zu Verteuerungen kommen, denn auch hier kommt es zu ähnlichen NoVA-Verschärfungen wie bei den Pkw, aber erst ab höheren Verbräuchen als bei Pkw.

Übergangsregelungen für die NoVA-Erhöhungen

Wer für ein Neufahrzeug einen unwiderruflichen schriftlichen Kaufvertrag vor dem 1. Dezember 2021 abgeschlossen hat, ist von diesen Erhöhungen nicht betroffen, sofern das Fahrzeug vor dem 1. April 2022 geliefert wird.

Außerdem wird die Übergangsregelung für die Erhöhungen von Mitte 2021 Corona-bedingt verlängert: Wer vor dem 1. Juni 2021 noch einen unwiderruflichen Kaufvertrag für ein neues Fahrzeug unterschrieben hat, das bis dato nicht geliefert wurde, hat dafür noch länger Zeit bekommen. Wenn die Lieferung vor dem 1. Mai 2022 erfolgt, kann noch die Rechtslage vom ersten Halbjahr 2021 angewandt werden. Bei Klein-Lkw bedeutet das z.B., dass keine NoVA gezahlt werden muss.

Offizieller NoVA-Rechner des Finanzministeriums

Das BMF stellt erstmalig einen öffentlich zugänglichen Rechner zur Verfügung, mit dem Konsument:innen im kommenden Jahr selbst ausrechnen können, wie hoch die NoVA wäre, wenn sie zum Beispiel ein Gebrauchtfahrzeug nach Österreich importieren. "Eine Neuerung, die der ÖAMTC stets gefordert hat und die jene ungemein unterstützt, die sich für Eigenimporte interessieren", bedankt sich Grasslober beim Finanzministerium und seinen Mitarbeiter:innen.

Motorbezogene Versicherungssteuer (mVSt) steigt für Erstzulassungen

Die mVSt fällt für fast alle Autos, die ab 1. Jänner 2022 erstmalig zugelassen werden, um 34,56 Euro pro Jahr höher aus als bei einer Erstzulassung heute. Nur bei effizienteren bzw. leistungsschwächeren Pkw kommt es zu einer geringeren oder gar keiner Steuererhöhung. "Wichtig zu wissen: Für bereits zugelassene Fahrzeuge ändert sich nichts an der Besteuerung", stellt der ÖAMTC-Experte klar. Wie hoch die jährlich zu zahlende Steuer ist, kann man sich unter www.oamtc.at/mvst ausrechnen.

Seit 29.11.2021 ist eine Befreiung von der motorbezogenen Versicherungssteuer für Menschen mit Behinderungen auch bei Zulassungsbesitzgemeinschaften mit Personen ohne Behinderungen möglich. Voraussetzung ist, dass alle Zulassungsbesitzer:innen ihren Hauptwohnsitz im selben Haushalt haben.

Verschärfung bei privater Dienstwagennutzung

Zu einer Verschärfung kommt es beim Sachbezug bei der Privatnutzung von Firmenfahrzeugen: Wer ein Firmenfahrzeug auch privat nutzt, muss dafür Steuern bezahlen. Der monatliche Betrag, den man hierfür versteuern muss, richtet sich nach den Anschaffungskosten und den CO₂-Emissionen des Fahrzeugs. Überschreiten die CO₂-Emissionen laut den Papieren einen bestimmten Grenzwert, dann müssen in der Regel 2 Prozent anstatt 1,5 Prozent der Anschaffungskosten pro Monat versteuert werden. Für Firmenfahrzeuge, die im Jahr 2022 erstmalig zugelassen werden, wird der bisherige CO₂-Grenzwert auf 135 Gramm je Kilometer (gemäß WLTP bei Pkw bzw. WMTC bei Motorrädern) abgesenkt. Für Fahrzeuge, die davor erstmalig zugelassen wurden, gilt weiterhin der jeweilige Grenzwert zum Zeitpunkt der erstmaligen Zulassung. Für E-Fahrzeuge fällt auch weiterhin kein Sachbezug an.

Schon aufgrund der bisher bekannten Erhöhungen und Verschärfungen ist es laut ÖAMTC-Expert:innen ratsam, beim Autokauf auf niedrige CO₂-Emissionen und damit niedrigen Verbrauch zu achten. Das schont die Umwelt und den Geldbeutel.

Eine Übersicht aller Neuerungen findet man unter www.oamtc.at/neuerungen2022.